



Evangelische Kirche von Westfalen



Institut für Kirche und Gesellschaft Evangelische Kirche von Westfalen



Gemeinsame Forderungen von Umwelt- und Sozialverbänden zur Finanzierung der Transformation

Aus der Krise mit Klimaschutz und sozialer Sicherheit



Aus der Krise mit Klimaschutz und sozialer Sicherheit

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und seine wirtschaftlichen Folgen haben die Abhängigkeit Deutschlands und der Europäischen Union von fossilen Energieimporten offengelegt. Steigende Energiepreise, wachsende Inflation und finanzielle Belastungen für Haushalte, fehlende Energiesicherheit und eine drohende wirtschaftliche Rezession sind die Folgen dieser Abhängigkeit. Die Bundesregierung hat mit Milliardensummen reagiert, um die Strom-, Gas- und Wärmekosten für Haushalte und Unternehmen zu senken. Dabei profitieren viele besonders stark, die keine Hilfen benötigen, während es weiter an bedarfsgerechten Hilfen für ärmere Menschen fehlt. Zudem werden überwiegend die aktuellen Symptome der fossilen Energiekrise bekämpft.

Es fehlt ein zielgenaues und vorausschauendes Paket zur langfristigen Bewältigung der Krise, damit wir im nächsten Winter nicht vor der gleichen Situation stehen. Der Aufbau einer resilienten Wirtschaft und Gesellschaft kann nur gelingen, wenn wir die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen jetzt konsequent reduzieren, Klimaschutz in allen Sektoren vorantreiben und unsere sozialen Sicherungssysteme krisenfest machen. So kann die Bewältigung der aktuellen Krise der Startpunkt einer gerechten Transformation auf dem Weg zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft werden.

Zur Bewältigung der Krisen fordern wir daher von der Bundesregierung ein umfassendes Investitions- und Maßnahmenpaket in Höhe von mindestens 100 Mrd. Euro für den Klimaschutz und zur Stärkung der sozialen Sicherheit. Gleichzeitig brauchen wir eine gerechte Lastenverteilung in der Krise und grundlegende Veränderungen in der Finanz- und Steuerpolitik, damit wir unsere Gesellschaft langfristig krisensicher, klimaneutral und sozial gerecht gestalten können.

Investitions- und Maßnahmenpaket für Klimaschutz und soziale Sicherheit

Die aktuelle fossile Energiekrise kann nur mit massiven Investitionen in den Klimaschutz überwunden werden. Der umweltverträgliche Ausbau der erneuerbaren Energien reduziert die fossile Abhängigkeit, wirkt langfristig preisdämpfend, sichert unseren Wohlstand und stärkt die Energiesicherheit – jetzt, im kommenden Winter und für die weitere Zukunft. Dafür müssen die bestehenden Ausbauhürden für erneuerbare Energien jetzt konsequent abgebaut und Investitionen in erneuerbare Energien durch staatliche Abnahmegarantien abgesichert werden. Parallel dazu gilt es, den Energieverbrauch deutlich zu senken. Dafür müssen klare gesetzliche Rahmenbedingungen für mehr Energieeinsparungen durch Energieeffizienz und -suffizienz geschaffen werden.

Der Rückstand bei der energetischen Gebäudesanierung führt in Kombination mit den explodierenden Energiepreisen für viele Menschen zu enormen Kostensteigerungen. Insbesondere einkommensschwache Menschen wohnen häufig in schlecht isolierten Gebäuden und können den gestiegenen Kosten nicht ausweichen. Damit die Bewohner*innen in Zukunft vor exorbitanten fossilen Energiekosten geschützt werden und der Klimaschutz vorankommt, muss die Bundesregierung jetzt massive Investitionspakete für die Sanierung des Bestands auf den Weg bringen, die Förderung der kommunalen Wärmeplanung ausbauen und umsetzen, den Umstieg auf Wärmepumpen konsequenter fördern und Mindesteffizienzstandards für den Gebäudebestand einführen.

Auch im Mobilitätsbereich sind strukturelle Veränderungen notwendig, um die fossile Abhängigkeit zu reduzieren, die Klimaziele zu erreichen und gleichzeitig die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen zu ermöglichen. Kern einer sozial gerechten Mobilitätswende ist die Förderung klimafreundlicher Verkehrsmittel wie ÖPNV, Rad-, Schienen- und Busverkehr. Die Vereinfachung der Tarifstrukturen ist zu begrüßen, muss aber zwingend mit mehr Investitionen in den Ausbau des ÖPNV und der Bahninfrastruktur verbunden werden und für alle bezahlbar sein.

In der Krise sind Solidarität und Investitionen in das soziale Fundament unserer Gesellschaft entscheidend. Die bisherigen Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung wurden überwiegend nach dem Gießkannenprinzip verteilt und können die Preissteigerungen für viele Menschen mit geringem Einkommen nicht ausreichend abfangen. Damit Menschen, die bereits jetzt in Armut leben oder durch die enormen Preissteigerungen von Armut bedroht sind, gut über den Winter kommen, sind weitere zielgenaue Zuschüsse notwendig. Gleichzeitig muss die Bundesregierung so schnell wie möglich die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Bürger*innen in Zukunft direkt, effizient und bedarfsgerecht entlastet werden können. Dafür muss der Aufbau eines Direktzahlungsmechanismus an die Bevölkerung beschleunigt werden.

Zusätzlich muss der Gesetzgeber sicherstellen, dass Menschen, die ihre Strom- und Gasrechnungen nicht bezahlen können, ihre Wohnung nicht verlieren und ihr Strom- und Gasanschluss nicht gesperrt wird. Die explodierenden Energiepreise bedrohen zudem die Existenz sozialer Einrichtungen und Dienste in dramatischer Weise. Hier ist die Bundesregierung gefordert, dafür zu sorgen, dass die soziale Infrastruktur krisensicher wird und finanziell gegen weitere Preissteigerungen fossiler Energieträger abgesichert ist.

Für die langfristige Reduktion der sozialen Ungleichheit und somit den Aufbau einer resilienten Gesellschaft ist es entscheidend, dass die Bundesregierung bei der Reform der Grundsicherung nachbessert. Daher fordern wir eine deutliche Erhöhung der Regelsätze.

Wir fordern ein umfassendes Investitions- und Maßnahmenpaket für Klimaschutz und soziale Sicherheit im Umfang von mindestens 100 Mrd. Euro und die dauerhafte Bereitstellung von Mitteln für

- eine staatliche Absicherung und Abnahmegarantie für **Windenergieanlagen und Solarmodule**
- eine verstärkte **Förderung von Wärmepumpen** und die Einführung von **Mindesteffizienzstandards für den Gebäudebestand**
- eine **Ausbildungsoffensive für Transformations-Fachkräfte** in Handwerk, Behörden und Verwaltung (zum Beispiel mit Prämien für Ausbildungsabschlüsse in Zukunftsjobs)
- mehr Tempo bei der **kommunalen Wärmeplanung** und beim klimafreundlichen Umbau von Wärmenetzen
- die Beschleunigung einer **klimafreundlichen und sozial gerechten Bestandssanierung** mit einem Fokus auf energetisch ineffiziente Gebäude („worst first“)
- mehr Investitionen in den **Ausbau des ÖPNV und der Bahninfrastruktur** sowie die strukturelle Unterstützung der Kommunen bei der Finanzierung des ÖPNV-Betriebes
- **gezielte Entlastung** für Menschen mit geringen Einkommen
- eine deutlich stärkere **Erhöhung der Grundsicherung**
- ein **Kündigungsmoratorium**, damit niemand die Wohnung verliert, der wegen stark gestiegener Heizkosten die Nebenkostenabrechnung oder hohe Preisanpassungen nicht fristgerecht bezahlen kann
- **Verzicht auf Strom- und Gassperren** in diesem Winter und sofortige Umsetzung des bereits angekündigten Moratoriums
- einen **Schutzfonds** zur Sicherung der gemeinnützigen sozialen Infrastruktur
- die schnelle Schaffung eines staatlichen Kanals für **Direktzahlungen an die Bevölkerung** (Klimageld).

Gerechte Lastenverteilung in der Krise und langfristige Finanzierung des sozial-ökologischen Wandels

Die fossile Energiekrise verschärft die soziale Ungleichheit in Deutschland weiter und bedroht den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es ist daher entscheidend, dass die Lasten der Krisenbewältigung so verteilt werden, dass starke Schultern mehr zur Lösung der Krise beitragen als schwache. Das bedeutet in erster Linie, dass kriegsbedingte Übergewinne von Konzernen abgeschöpft und zur Finanzierung von Entlastungen und sozial-ökologischen Zukunftsinvestitionen herangezogen werden müssen.

Ebenso muss die Bundesregierung sicherstellen, dass die staatliche Krisenunterstützung für Unternehmen nicht zur Festigung fossiler Strukturen und zum Beschäftigungsabbau führt, sondern mit klaren Vorgaben zur klimagerechten Transformation und fairen Beschäftigungsverhältnissen verknüpft wird.

In der aktuellen Krise zeigt sich zudem überdeutlich, dass wir den sozial-ökologischen Herausforderungen unserer Zeit nur dann begegnen können, wenn wir grundlegende Veränderungen in der Finanz- und Haushaltspolitik einleiten:

- Die Schuldenbremse darf nicht dazu führen, dass notwendige Investitionen insbesondere auch auf Länderebene zur Bewältigung der Krise und zur langfristigen Gestaltung der Transformation verhindert werden. Daher fordern wir, dass die **Schuldenbremse für ein weiteres Jahr ausgesetzt** wird.
- Ebenso müssen wir die **Subventionierung fossiler Strukturen beenden**. Die klima- und umweltschädlichen Subventionen in Höhe von rund 65 Mrd. Euro jährlich sind ein Bremsklotz für den Klimaschutz, verstärken die soziale Ungleichheit und binden wichtige Mittel für den sozial-ökologischen Wandel.
- Der Aufbau einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft sowie die Stärkung der sozialen Sicherheit erfordern in den kommenden Jahren enorme öffentliche Investitionen. Vor diesem Hintergrund halten wir eine sozial-ökologische Reform des Steuersystems, eine **Besteuerung großer Vermögen** und eine **Reform der Erbschaftssteuer** für notwendig.

Folgende Organisationen haben dieses Forderungspapier unterzeichnet:

Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e.V.
Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.
Bund der Energieverbraucher e.V.
Der Paritätische Gesamtverband
Deutscher Naturschutzring
Diakonie Deutschland
Erzdiözese Freiburg
Evangelische Kirche von Westfalen
Germanwatch e.V.
Greenpeace e.V.
Institut für Kirche und Gesellschaft der evangelischen Kirche in Westfalen
Katholische Landjugendbewegung Deutschlands e.V.
Klima-Allianz Deutschland e.V.
Sozialverband Deutschland e.V.
Sozialverband VdK Deutschland e.V.
Together For Future e.V.
ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
WWF Deutschland

Koordination: Klima-Allianz Deutschland e.V.
Redaktion: Daniel Eggstein
Endredaktion und Layout: Julia Dittmann

Impressum

Klima-Allianz Deutschland e.V.
Daniel Eggstein, Referent Klimapolitik und soziale Gerechtigkeit
Tel.: 030/780 899 525
E-Mail: daniel.eggstein@klima-allianz.de
Website: klima-allianz.de
Twitter, Instagram: [@klima_allianz](https://www.instagram.com/klima_allianz)

Berlin, Dezember 2022